

## Beschlussprotokoll II

der 24. Sitzung des Bundesrates vom 15. Juni 1970

### I. Aussprachen

#### 1. Parlamentarische Vorstösse

Der vom Justiz- und Polizeidepartement vorgelegte Entwurf zu einer Beantwortung der Motion Riesen und des Postulates Schürmann zum Zivilschutz (Kostenfrage und Bericht) wird gutgeheissen. Desgleichen genehmigt der Rat den Antwortentwurf auf die Interpellation Bächthold vom 19.3.1970 betreffend die europäischen Integrationsbestrebungen.

#### 2. Kampfflugzeug-Beschaffung

Das Militärdepartement unterbreitet dem Rat einen Entwurf zur Beantwortung der Interpellationen Bieri und Muheim betreffend die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Im gleichen Zusammenhang soll auch das Postulat Schürmann vom 10.6.1970, das die Vorlage von Alternativen verlangt, zur Behandlung gelangen.

#### Herr Gnägi

eröffnet die Aussprache mit einem Hinweis auf die verschiedenen Unterlagen, die das EMD den Mitgliedern des Bundesrates in den letzten Tagen zugestellt hat. Nebst den parlamentarischen Vorstössen, die beantwortet werden sollen, sind es auch die vorgesehenen Sitzungen der Militärkommissionen des Nationalrates und des Ständerates vom 17., bzw. 24. Juni, die dazu zwingen, das Parlament und damit die Öffentlichkeit über den heutigen Stand des Geschäfts soweit irgend möglich zu orientieren. Das Zwiegespräch mit dem Parlament wird damit früher eröffnet als dies üblicherweise der Fall ist, doch ergibt sich dies offenbar aus der Natur des Geschäfts. Nachdem die Evaluationsarbeit weitgehend abgeschlossen ist, muss der Bundesrat nun insbesondere über das weitere Vorgehen Beschluss fassen. Bezüglich der Wahl des neuen Flugzeugtyps, wozu das EMD bereits Antrag gestellt hat, ist vorweg

- 2 -

an die sog. Grobanforderungen zu erinnern, welche durch die Landesverteidigungskommission im Jahre 1966 wie folgt festgelegt worden sind: Das Flugzeug muss in der Lage sein:

1. stark mit Fliegerabwehr verteidigte wichtige Erdziele zu bekämpfen,
2. sich selbst zu schützen und
3. wenn nötig und möglich den Schutz der noch vorhandenen weniger leistungsstarken Flugzeuge zu übernehmen.

Am 4. Dezember 1968 hat die Kommission für militärische Landesverteidigung diese Anforderungen noch in dem Sinne präzisiert, dass die dritte Aufgabe deutlich in den Hintergrund zu treten habe. Gestützt auf diese Grobanforderungen wurden 9 Flugzeugtypen in die sog. Vorevaluation einbezogen, wobei sowohl nach der sog. Strukturbaumethode als auch mit mathematischen "Modellen" gearbeitet wurde. Die Vorevaluation ergab, dass die Typen Corsair und Fiat im Vordergrund stehen. Diese beiden Maschinen wurden dann weiter getestet, wobei die Schlussevaluation dazu führte, dass der Fiat gegenüber dem Corsair eindeutig abfiel. Das grosse Problem liegt nun bei den Finanzen. Wenn man - wie bisher - die Anschaffung von 60 Erdkampfflugzeugen des neuen Typs in Aussicht nimmt, reicht der in der Finanzplanung in Aussicht genommene Kredit von 1,3 Milliarden Franken nicht aus. Der Preis für 60 Corsair ist zwischen 1,4 und 1,8 Milliarden einzusetzen. Das EMD ist deshalb der Ansicht, dass der Kredit auf 1,6 Milliarden erhöht werden sollte und dass dies auch tragbar wäre, während das FZD an dem in Aussicht genommenen Betrag von 1,3 Milliarden festhält. Herr Gnägi ist der Ansicht, dass der Bundesrat hier ev. auch einen Mittelweg gehen könnte, indem an den 1,3 Milliarden grundsätzlich festgehalten wird, aber unter Gewährung eines Teuerungsfaktors von 200 Millionen. Dann hätte das EMD zu entscheiden, ob und in welchem Masse die Flottengrösse ev. unterschritten werden soll. In diesem Sinne ist auch die Beantwortung der beiden ersten parlamentarischen Vorstösse vorgesehen. Was das Postulat Schürmann anbetrifft, das die Vorlage einer echten Alternative verlangt, ist Herr Gnägi deshalb skeptisch, weil dies nicht ohne weitere Evaluation möglich ist, wofür ein zusätzlicher erheblicher Aufwand an Geld und Zeit erforderlich wird. Auch materiell ist ein Ausweichen auf ältere Modelle kritisch, könnte dies doch dazu führen, dass ein Flugzeugtyp angeschafft wird, der schlechter ist als der Venom, den wir durch die neue Beschaffungsaktion zu ersetzen suchen.

- 3 -

Herr Brugger

stimmt Herrn Gnägi darin zu, dass der Corsair zweifellos ein sehr gutes Flugzeug ist. Die Frage ist aber die, ob in der Anschaffung eines Hochleistungsflugzeuges dieser Art die einzige Variante zu sehen ist. In Kreisen, die mit diesen Fragen vertraut sind, ist auch von der Anschaffung einer neuen Serie Hunter oder SAAB die Rede. Herr Brugger möchte darüber auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse der umstrittenen Typen kein Urteil fällen, fragt sich aber doch, ob nicht auch diese Varianten zuhanden des Bundesrates noch näher abgeklärt werden sollten. Die in Fliegerkreisen verbreitete Auffassung, dass der SAAB schlechter sei als der Venom, ist z.B. sehr lebhaft umstritten. Es ist in der Tat auch kaum denkbar, dass die Schweden heute ein Flugzeug bauen, das qualitativ andern Apparten unterlegen ist, die bereits 15 Jahre alt sind. Eine Ueberprüfung auch anderer Typen soll aber natürlich nicht heissen, dass man deshalb im vornherein vom Corsair ab-rückt.

Herr von Moos

hält mit Herrn Brugger dafür, dass das Prüfungsverfahren noch nicht als abgeschlossen gelten sollte. Man könnte insbesondere auch in andern Ländern noch ein wenig Umschau halten. Wenn Flugzeugtypen, die bei uns rundweg abgelehnt werden, von andern Staaten in grosser Zahl gekauft werden, so sind doch Zweifel am Platze, ob die militärischen Stellen mit ihren Schlussfolgerungen auf dem einzig richtigen Weg sind. Zweifel werden aber auch bezüglich der Redaktion des Pflichtenhefts geäussert, jedenfalls scheint auch darüber bei den zuständigen Stellen nicht volle Einmütigkeit zu herrschen. Parlamentarier, welche die Mirage-Untersuchung im Jahre 1964 miterlebt und die damals gezogenen Folgerungen in lebhafter Erinnerung haben, machen ferner darauf aufmerksam, dass neben der Beschaffung eines Erdkampfflugzeuges auch eine namhafte Verstärkung der Flab in Aussicht genommen wurde, ein Postulat, dem bisher nicht genügend Rechnung getragen worden sei. Was die Kosten an-betrifft, hält es Herr von Moos ebenfalls für sehr unglücklich, dass bei der Wahl des vom EMD vorgeschlagenen Flugzeugtyps der Rahmen von 1,3 Milliarden überschritten werden muss - es sei denn, man nehme eine Reduktion der Flottengrösse in Kauf. Auch mit Rücksicht auf diese finanzielle Seite des Geschäfts sollte nochmals geprüft werden, ob keine andere Lösung besteht. Jedenfalls sollte aber heute nicht abschliessend ein Entscheid für den Corsair gefällt werden. Der Antwortentwurf des EMD auf die Interpellationen Bieri und Muheim muss in diesem Punkte

zurückhaltender formuliert werden.

#### Herr Bonvin

sieht in der unerfreulichen Situation, in der wir uns heute befinden, eine indirekte Folge des Verlusts des Gleichgewichts seit der Aufgabe des N 20. Seither prüfen wir **sukzessive** die verschiedenen Typen, die uns angeboten werden, ohne auf Grund einer genügend klaren Linie mit Sicherheit sagen zu können, welches die richtige Variante ist. Wie die Diskussion in der Öffentlichkeit und in parlamentarischen Kreisen zeigt, ist der zu fällende Entscheid zu einem guten Teil auch politischer Natur. Viele Vorbehalte gegenüber dem Corsair werden wegen seines amerikanischen Ursprungs gemacht. Die Tendenz geht eher in Richtung eines europäischen Flugzeugtyps. Die Wahl muss unter Berücksichtigung der Gesamtkonzeption unserer Landesverteidigung erfolgen. Darin liegt die einzige, klare Richtlinie für jedes Prüfungsverfahren. Auch Herr Bonvin hält im übrigen dafür, dass eine zusätzliche Umschau im Ausland gut wäre, so könnte man insbesondere abklären, welche Typen derzeit von Israel, das in einer besonders schwierigen Situation steht, gesucht werden. Je nach den vorgesehenen Einsatzvarianten ist nicht nur die Qualität, sondern auch die Zahl eines Typs von grosser Bedeutung. Der Wunsch nach einer Alternative, wie er aus parlamentarischen Kreisen geäußert worden ist, muss ernsthaft geprüft werden. Die Diskussion mit den parlamentarischen Kommissionen, die bereits eingesetzt hat und nun weitergeführt wird, noch bevor der Bundesrat seinen Entscheid gefällt hat, entspricht wohl einem ausserordentlichen Vorgehen, es ist aber zu beachten, dass wir es hier auch mit einem ausserordentlichen Geschäft zu tun haben.

#### Herr Celio

unterstreicht einleitend, dass die vom Bundesrat im Jahre 1966 festgelegte Konzeption nach wie vor richtig ist. Es ist sehr wichtig, dass wir auch über eine genügende Zahl von Erdkampfflugzeugen verfügen. Mit einer grossen Zahl von Jägern allein ist uns nicht gedient. Für die Typenwahl aber müssen wir uns nun einmal entscheiden, sonst geht die Diskussion endlos weiter. Die heutige Situation ist in mehrfacher Hinsicht ungemütlich. Unerfreulich ist insbesondere die Art und Weise, wie der Bundesrat und die Mitglieder des Parlaments von allen Seiten mit Material und Propagandaschriften versorgt werden. Unerfreulich war aber auch, dass die Gruppe für Rüstungsdienste

viel zu früh durchblicken liess, wo sie hinaus wollte, indem alle mit dem Corsair konkurrierenden Flugzeugtypen vorzeitig und apodiktisch "abgeschossen" wurden. Dieses Vorgehen war unglücklich. Die freisinnige Fraktion der Bundesversammlung hat sich ebenfalls mit der Angelegenheit befasst und beschlossen, in den Räten vorstellig zu werden. Persönlich ist Herr Celio gegen den Corsair. Zu Skepsis gibt insbesondere die Kostenfrage Anlass. Man muss sich bewusst sein, dass der Betrag von 1,6 Milliarden, der nun genannt wird, nichts anderes als eine Gabelung der untern und der oberen Grenze darstellt. Fixe Zusicherungen werden aber keine gemacht, dies dürfte um so schwieriger sein, als man hört, dass die Firma in finanziellen Schwierigkeiten steckt. Können andererseits nur 40 Corsair angeschafft werden, ist die Flottengrösse zu klein. Selbstverständlich ist der Corsair technisch ein ausgezeichnetes Flugzeug. Das heisst aber andererseits noch nicht, dass wir diesen Apparat auch vermögen. Herr Celio ist ebenfalls der Auffassung, dass noch andere Typen geprüft werden müssen, so z.B. der Skyhawk, den die GRD zwar ablehnt, der aber eine Million pro Stück kosten würde und uns den Ankauf von 108 Maschinen gestatten könnte. Es ist bekannt, dass die Israeli derzeit diesen Apparat suchen. Auch der SAAB in der heutigen Produktion ist kein veraltetes Flugzeug, und die Fiat-Werke präsentieren eine ganze Flotte, aus der verschiedene Typen ausgewählt werden können. Die Tatsache, dass die NATO Fiat-Apparate kauft, ist zweifellos keine schlechte Referenz. Das vom EMD in Aussicht genommene Vorgehen kann deshalb nicht in Frage kommen. Es ist auch nicht gesagt worden, dass der Corsair - an dessen technischer Vollkommenheit nicht gerüttelt werden soll - pro Flugstunde rund 100 Wartestunden verlangt, was enorm ist, und dass dafür unter Umständen auch längere Pisten notwendig werden. Die Antwort des Bundesrates ist deshalb sehr zurückhaltend zu fassen.

#### Herr Graber

verweist auf den Mitbericht, den das Politische Departement gemacht hat und worin es als unbefriedigend bezeichnet wird, dass als Lieferant wiederum die USA vorgesehen sind. Aus dem Gesichtspunkt unserer Aussenpolitik ist es bedauerlich, dass die Zusammenarbeit mit den Neutralen wiederum nicht zum Zuge kommt. Die negative Einstellung gegenüber dem schwedischen SAAB war so krass, dass, wie man aus schwedischen Ministerkreisen vernehmen konnte, die Haltung der GRD in Stockholm als schockierend betrachtet wurde. Auf Grund seiner Erfahrungen in der Mirage-Untersuchung hält Herr Graber im übrigen dafür, dass es falsch ist, wenn die Verwaltung nach der vorgängigen Eliminierung aller Konkurrenztypen im Parlament schliesslich

einen einzigen Apparat als den einzig in Frage kommenden hinstellt. Damit erweckt man beim Parlament zwangsläufig den Eindruck, vor ein *Fait accompli* gestellt zu werden. Die Idee einer Alternative, wie sie im Postulat Schürmann zum Ausdruck kommt, ist deshalb nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Man sollte sich auch hier etwas mehr der Relativität aller Werturteile bewusst bleiben. Mit dem Chef des FZD ist Herr Graber darin einig, dass sich ein Land wie die Schweiz nicht alles leisten kann. Mit der Feststellung, welcher Apparat derzeit technisch der beste ist, ist noch nicht entschieden, ob er auch als einziger für unsere Bedürfnisse in Frage kommt. Zusammenfassend hält Herr Graber dafür, dass dem Parlament eine möglichst offene und breite Information gegeben werden soll, indem dargestellt wird, wie sich das Geschäft auch unter finanziellen, politischen und anderen Aspekten präsentiert. Solch ein Vorgehen wird auch vom Parlament zweifellos als loyal empfunden und es kann dem Bundesrat nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe durch sein Vorgehen den Entscheid präjudiziert.

#### Herr Gnägi

erinnert nochmals an die vom Bundesrat am 6. Juni 1966 erarbeitete Konzeption. Damals wurden drei Massnahmen in Aussicht genommen: Eine Verstärkung der Flab für die untere Stufe, ein Ausbau der Lenkwaffen für die mittlere Stufe und die Verstärkung der Flugwaffe für die höhere Stufe. Was die Flab anbetrifft, haben wir heute die modernste und dichteste aller europäischen Staaten. Auch die Lenkwaffen sind beschafft. Bei den Flugzeugen ist zu unterscheiden zwischen den Jägern und den Erdkampfflugzeugen. Die lange Diskussion um den Mirage hat gezeigt, dass es keine Polyvalenz gibt. Die Flugzeuge sind entweder für den einen oder für den andern Zweck ausgerüstet und einsetzbar. Was heute dringend ist, ist ein vermehrter Schutz der kämpfenden Truppe, deshalb steht die Beschaffung eines Erdkampfflugzeuges deutlich im Vordergrund. Das bisherige Vorgehen des Militärdepartements - im Einvernehmen mit dem Bundesrat - entspricht genau den Lehren, die aus der Mirage-Untersuchung gezogen worden sind. Auch in technischer Hinsicht hält das EMD streng darauf, keinen Apparat zu suchen, der dann mit übersetzten Kosten für unsere schweizerischen Bedürfnisse umgearbeitet werden muss. In Frage kommen nur geringfügige Änderungen, ansonst Kostenplafond und Fristen nicht eingehalten werden können. Herr Gnägi weist im übrigen den Hinweis, die GRD habe sich die Sache zu leicht gemacht, als unbegründet zurück. Die Evaluationsarbeiten wurden mit

ausserordentlicher Gründlichkeit durchgeführt. Dass dabei eine ganze Reihe von Flugzeugtypen in die hinteren Ränge fielen, ist die natürliche Folge der streng technischen und auf das Pflichtenheft ausgerichteten Wertung. Einer der wesentlichen Gründe, die gegen den Fiat sprechen, ist die Tatsache, dass er nicht von der Stange gekauft werden kann. Sein Einsatz<sup>z</sup> in unserem Lande wäre nur mit erheblichen technischen Aenderungen möglich, damit aber stellt sich wieder das Kostenproblem und am Ende riskieren wir eine Entwicklung wie beim Mirage. Und insbesondere ist zu beachten, dass dann auf Grund dieser Aenderungen der Fiat im Endeffekt gar nicht erheblich billiger zu stehen käme als der Corsair. Der Wunsch nach einem Alternativvorschlag für das Parlament mag an sich verständlich erscheinen, es wird dabei aber übersehen, welche enorme Arbeit mit der Evaluation eines einzigen Flugzeugs verbunden ist. Man kann, wenn zwingende Gründe dafür vorliegen, unter Umständen den Skyhawk und den SAAB noch weiter prüfen, der Einschluss anderer Modelle in diese zusätzliche Abklärung aber dürfte zu weit gehen. Das Argument der amerikanischen Herkunft des Corsair scheint dem Chef des EMD kein zwingender Grund, auf diesen Apparat zu verzichten. Diese Opposition hätte damals geltend gemacht werden sollen, als bekanntgegeben wurde, dass lediglich der Corsair und der Fiat in die engere Typenwahl einbezogen würden. Am Kriegsmaterial, das wir bisher aus den USA bezogen haben, war nie etwas auszusetzen. Die Taran-Elektronik ist ausgezeichnet, das Florida-System wurde uns zwar mit einer gewissen Verspätung geliefert, qualitativ aber einwandfrei. Bei Vergleichen mit Israel ist nach der Auffassung des Chefs des EMD Vorsicht am Platze: Die Israeli haben in erster Linie ihren Luftraum zu schützen, weshalb sie besonderes Interesse am Phantom haben - bei uns aber geht es, was immer wieder zu unterstreichen ist, in erster Linie um die Beschaffung eines Erdkampfflugzeuges. Bei der Truppe kämen wir gegenwärtig mit dem Beschluss, weitere Jagdflugzeuge zu beschaffen, keineswegs gut an. Die Unterstützung der kämpfenden Truppe steht heute im Vordergrund, nicht der Raumschutz. Wir brauchen Erdkampfflugzeuge, die nötigenfalls als Abschreckungsmittel eingesetzt werden können. Diese Aufgabe erfüllten bisher die Venom - nachdem sie nun aber wegfallen, müssen sie durch einen Flugzeugtyp gleicher Art ersetzt werden. Wenn gesagt wird, dass der Bundesrat die Verantwortung für die Wahl des neuen Flugzeugs trägt, so ist dies zweifellos richtig - wie aber soll man der Fliegertruppe klar machen, dass sie sich mit einem Typ zweiter oder dritter Klasse abfinden muss, womit sie einem allfälligen Gegner im vornherein unterlegen wäre? Herr Gnägi äussert sich dann nochmals eingehend zur Frage der Kosten. Man darf bei diesen Berechnungen nicht übersehen, dass ein sehr grosser Teil der Anschaffungskosten nicht auf die Apparate selbst, sondern auf die Ersatzteile, die Bodenanlagen usw. entfällt. Die Kosten des Apparates selbst

sind lediglich mit 42 bis 44 % in Rechnung zu stellen. Dies wird oft übersehen, weshalb die Vergleiche der Stückkosten dann nicht richtig sind. Ferner darf die Frage, ob eine zusätzliche Aufwendung von 300 Millionen für den Bund tragbar sei, nicht im vornherein negativ beantwortet werden. Ein zusätzlicher Aufwand von 300 Millionen bedeutet, auf 10 Jahre verteilt, eine zusätzliche Belastung des Militärbudgets von 30 Millionen pro Jahr. Herr Gnägi hält dafür, dass die beste Lösung nach wie vor darin bestünde, dem EMD einen Kredit von 1,5 Milliarden einzuräumen, und zwar als fixe Betrag, woraus sich dann nötigenfalls eine Reduktion der Zahl der anzuschaffenden Flugzeuge ergäbe, im schlimmsten Fall wohl auf 55 Apparate. Die zuständigen militärischen Experten könnten sich dann entscheiden, ob sie unter diesen Umständen auf den Corsair zu verzichten wünschen. Von besonderer Bedeutung sind schliesslich auch die Einsatzmöglichkeiten: Es wird immer wieder übersehen, dass der Corsair keine Doppelpatrouille braucht, was bedeutet, dass 60 Corsair einer Flottille von 120 Apparaten bei andern Typen entsprechen. Abschliessend unterstreicht Herr Gnägi nochmals, dass seines Erachtens einzig der Skyhawk und der SAAB ev. noch aufdatiert werden könnten - er hat aber auch hier Bedenken, denn wir könnten damit unter Umständen den Anschluss an die Corsair-Produktion verlieren. Die Idee eines Alternativvorschlages, wie sie Herr Graber namentlich vortragen hat, ist vertretbar, man darf aber nicht übersehen, dass die Evaluation einerseits eine teure Sache ist und andererseits endlos weiter getrieben werden kann. Bevor eindeutig feststeht, dass eine Lösung mit dem besten Apparat nicht möglich ist, hat Herr Gnägi grösste Bedenken, andere Vorschläge zu formulieren. Dies umso mehr, als die Rüstungsausgaben tiefer sind, als im Finanzplan ursprünglich in Aussicht genommen wurde, und der Anteil der Wehrausgaben am Sozialprodukt keine Erhöhung, sondern eine Reduktion erfahren hat.

An diese Aussprache schliesst sich eine kurze Diskussion um den Antwortentwurf auf die Interpellationen Bieri und Muheim bzw. das Postulat Schürmann an. Dabei wird namentlich gewünscht, dass vorderhand nicht von einem definitiven Ausscheiden des Fiat die Rede sei. Die Formulierung soll so gewählt werden, dass an der Spitze zwar der Corsair steht, dass aber der Bundesrat demnächst noch entscheiden werde, welche weiteren Flugzeugtypen noch näher untersucht werden sollen. Dieser Entscheid muss nicht unbedingt vor den Ferien fallen - es soll deshalb weder im Parlament noch gegenüber der Presse irgend eine Zusicherung über den Terminplan der Verhandlungen des Bundesrates gegeben werden. Herr Gnägi wird den Entwurf im Sinne dieser Diskussion überarbeiten und dem Rat vor der Behandlung im Parlament nochmals zur Stellungnahme unterbreiten.



## II. Umfrage

### Herr von Moos

- orientiert den Rat über die Streikbewegung spanischer Arbeiter in Stansstad und in Zug. Man hat in der Presse darüber verschiedene Nachrichten gelesen, aus denen nicht genau hervorgeht, welches die Hintergründe dieser Arbeitskonflikte sind. Das Justiz- und Polizeidepartement hat eine Abklärung angeordnet. Es scheint, dass ein Beamter der spanischen Botschaft beteiligt ist und vielleicht nicht unbedingt eine glückliche Hand hatte. Herr Brugger bringt in diesem Zusammenhang gewisse Pressemeldungen zur Sprache, wonach das EVD dem Unternehmer in Stansstad, der die spanischen Arbeiter verloren hat, bereits die volle Ergänzung des Kontingents zugesichert habe. Weiter wurde behauptet, und zwar offenbar aus dem Kreise der Leute um Herr Schwarzenbach, die Firma Brown Boveri in Baden habe vom EVD die Zusicherung erhalten, dass jeder wegziehende ausländische Arbeiter ohne Verzug ersetzt werde. All diese Behauptungen sind falsch. Das EVD hat deshalb in Aussicht genommen, dies in einer Mitteilung an die Presse zu dementieren und richtigzustellen.

### Herr Bonvin

- orientiert den Rat über den Verlauf der europäischen Transportminister-Konferenz in Florenz. Bezüglich der Kontingentierung der Strassentransporte wurde ein Versuch für 3 Jahre abgesprochen. Ferner bildete die Einführung der automatischen Zugkupplung das zweite Haupttraktandum der Konferenz.

### Herr Celio

- gibt dem Rat Kenntnis davon, dass er ab 17.6.1970 den südafrikanischen Finanzminister zu einem Besuch empfangen werde. Er tue dies widerwillig, doch blieb ihm keine andere Lösung. Herr Bundeskanzler Huber gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass ihm, anlässlich des Besuches der Konservativ-Christlichsozialen Fraktion in Genf, aus Kreisen des ökumenischen Rates Kenntnis von dessen Beunruhigung über den Besuch gegeben wurde, besonders wenn ein schweizerisches Anleihen an Südafrika diskutiert werden sollte.

Herr Bundespräsident Tschudi

- kommt auf die Jurafrage zu sprechen und teilt dem Rat mit, dass Herr Nationalrat Sandoz bereit ist, sich als Mitglied der Kommission der guten Dienste (anstelle des ausgetretenen Herrn Graber) wählen zu lassen. Diese Wahl sollte nun bald vorgenommen werden, umso mehr als die Presse darüber bereits berichtet hat. Man sollte aber gleichzeitig auch die Namensänderung der Kommission beschliessen, worüber aber mit dem Regierungsrat des Kantons Bern nochmals gesprochen werden muss. Diese Zusammenkunft mit der Berner Regierung wird auf den 30. Juni 1970 in Aussicht genommen.
- teilt dem Rat mit, dass mehrere Parlamentarier bei ihm eine Audienz verlangt haben, in der Absicht, den Bundesrat zu einer Verdoppelung seiner Beiträge an den schweizerischen Aufklärungsdienst, die *Rencontres Suisses* und die *Coscienza Svizzera* zu bewegen. Diese Beitragsleistung des Bundes ist schon heute nicht ganz unproblematisch. Kommt es im Parlament zu einer Diskussion um die Verdoppelung, könnte das Ergebnis unter Umständen in einer totalen Streichung der Bundesbeiträge an diese drei Organisationen bestehen. Der Rat pflegt eine kurze Diskussion über dieses Problem und kommt ebenfalls zum Schluss, dass der zu erwartende Vorstoss als delikats zu betrachten ist und vorderhand jedenfalls keine Zusicherungen abgegeben werden sollen.

Herr Bundeskanzler Huber

- orientiert den Rat über die vorgesehenen Blanks-Abstimmungsdaten für das Jahr 1971. Nachdem der 21. Februar und der 16. Mai bei den Kantonen auf Widerstand gestossen worden sind, hat die Bundeskanzlei den 7. Februar und den 6. Juni vorgeschlagen. Mit diesen beiden Daten könnten sich Kantone und Parteien einverstanden erklären. Für das Frauenstimmrecht hat die Abstimmung im Februar aber insofern Konsequenzen, als das Parlament die Vorlage in der Herbstsession 1970 verabschieden muss, wenn die Vorbereitungen für die Abstimmung rechtzeitig zum Abschluss gelangen sollen. - Es wird in Aussicht genommen, diese Frage am Nachmittag noch der Konferenz der Fraktions- und Parteipräsidenten zu unterbreiten und dann definitiv darüber Beschluss zu fassen.
- teilt dem Rat mit, dass Herr Generalsekretär Pfister Bedenken hat, wenn die Revision des Münzgesetzes erst am nächsten Montag dem Parlament angemeldet wird. Es steht dann nicht fest, ob die Kommissionen noch bestellt werden können. Man sollte den Brief des Bundesrates deshalb besser noch diese Woche übermitteln. Der Rat ist damit einverstanden.